

Fragestunde der Bremischen Bürgerschaft (Landtag) am 23.03.2023 Nr. 12

Frage der / des Abgeordneten Sülmez Çolak, Mustafa Öztürk, Björn Fecker und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

„‘Vereinfachtes‘ Visaerfahren für Betroffene der Erdbebenkatastrophe in der Türkei und Syrien – funktioniert das wirklich?“

Für den Senat beantworte ich die Fragen wie folgt:

Zu Frage 1:

Bei der Visumerteilung zu Besuchszwecken werden die Ausländerbehörden von den jeweils zuständigen deutschen Botschaften nicht beteiligt. Es besteht auch keine diesbezügliche Meldepflicht bei den Ausländerbehörden.

Zu Frage 2:

Mit Stand vom 15.03.2023 sind durch das Bürgeramt Bremen ca. 655 dieser Verpflichtungserklärungen bearbeitet worden. Weitere 576 Termine sind bereits vergeben für den Zeitraum bis 26.05.2023.

Mit Stand vom 02.03.2023 haben 21 Bremerhavener für 50 Personen eine Verpflichtungserklärung beim Bürger- und Ordnungsamt abgegeben.

Eine zahlenmäßige Erfassung zurückgewiesener Verpflichtungserklärungen erfolgt nicht.

Nach Einschätzung des Bürgeramtes ist der Anteil aber gering, da die Bonität der Verpflichtungsgebenden auch durch eine Sicherheitsleistung nachgewiesen werden kann. Gleiches gilt für Bremerhaven.

Zu Frage 3:

Die erforderlichen Termine wurden bereits ab dem 9. Februar angeboten. Bis Ende Mai sind nur für diesen Sachzusammenhang annähernd zusätzliche 1.200 Termine zu je 30 Minuten vereinbart worden. In den ersten Wochen standen sogar noch in derselben Woche Termine zur Verfügung. Zur Terminsituation gibt es aktuell keine Beschwerdelage beim Bürgeramt. Eine Online-Terminvergabe ist nicht möglich, da es einen sehr hohen Beratungsaufwand vor der Antragstellung gibt. Dieses Verfahren hat sich seit Jahren bewährt. In Bremerhaven gibt es maximal drei Tage Wartezeit bei der Abteilung Migration und Einbürgerung.